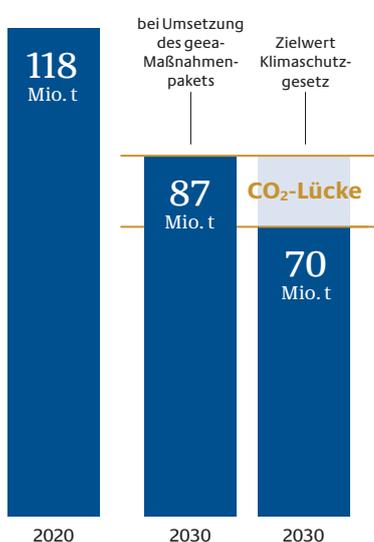


November 2020

PolitikBrief

geea
Die Allianz für
Gebäude-Energie-Effizienz

CO₂-Lücke im Gebäudesektor



Quellen: nach Klimaschutzgesetz zulässige CO₂-Emissionen, Berechnungen der geea



Andreas Kuhlmann

Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) und Sprecher der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea)

Gebäudesektor: Für Konjunktur und Klimaschutz zentral

Die Corona-Pandemie trifft die deutsche Wirtschaft ins Mark. Für 2020 erwartet die Bundesregierung einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 5,5 Prozent und steigende Arbeitslosenzahlen. Umso wichtiger ist ein Gebäudesektor, der den konjunkturellen Vorzeichen trotzts. Das gelingt dem Bereich in überwiegenden Teilen gut.

Bauwirtschaft verbindet Konjunkturprogramm mit Klimaschutz

Das liegt zum einen an der herausragenden Auftragslage zu Beginn des Jahres. Zum anderen tragen die Maßnahmen der Politik dazu bei, dass die Nachfrage weiter stabilisiert wird. Dank Klimapaket – Ende 2019 verabschiedet – stehen 50 Milliarden Euro bereit. Das setzt die richtigen Impulse für den erwarteten Wachstumsschub beim energetischen Sanieren: Im ersten Halbjahr 2020 ist die Nachfrage nach den Förderinstrumenten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und der KfW um 165 Prozent gestiegen. Die Mitte Oktober beschlossene Aufstockung der Fördermittel für 2020 ist ein wichtiges Signal. Weitere Impulse hat das Corona-Konjunkturprogramm gesetzt, beispielsweise beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm oder der Förderung energetischer Sanierung in kommunalen Gebäuden.

Die Investitionen im Gebäudesektor sind in der jetzigen Situation nicht nur für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt elementar. Denn: Bis 2030 muss der Gebäudesektor gemäß Klimaschutzgesetz seine Treibhausgasemissionen von heute rund 120 Millionen Tonnen auf 70 Millionen Tonnen senken. Dieses Ziel ist äußerst ehrgeizig. Nach Berechnungen der geea droht – sogar nach Umsetzung ambitionierter, von der geea vorgeschlagener Maßnahmen – eine Lücke von mindestens 17 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen.

Ambitionierter Vorstoß der EU-Kommission ist richtig

Und die Zielsetzung könnte sogar noch verschärft werden, wenn die EU ihr Klimaziel wie vorgeschlagen für 2030 von 40 auf mindestens 55 Prozent Treibhausgaseinsparung gegenüber 1990 erhöht. Mit ihrer Sanierungswelle hat die EU-Kommission nun eine Strategie veröffentlicht, damit bis 2030 europaweit 35 Millionen Gebäude saniert werden – ein wichtiger Meilenstein für den Klimaschutz! Zudem erwartet die EU, dass damit bis zu 160.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe entstehen – ein weiterer Beleg, dass sich Klimaschutz und Konjunkturpolitik ergänzen.

Bei der Ausformulierung der ordnungsrechtlichen Vorschläge kommt es nun darauf an, eine gute Balance zwischen Ambitionen, Machbarkeit und Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der konkreten Umsetzung zu finden. Mit dem deutschen Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft kann die Bundesregierung bis Ende des Jahres zentrale Weichen stellen.

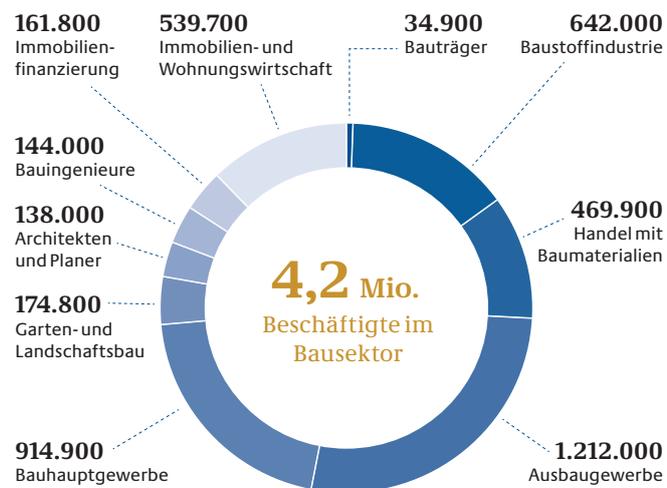
Initiiert und koordiniert von der

dena
Deutsche Energie-Agentur

Perspektiven des Gebäudebereichs: Mit Sanierungen und mehr Effizienz der Krise weiter trotzen

Der Bausektor nimmt mit seinen rund 4,2 Millionen Beschäftigten in der Corona-Pandemie eine stabilisierende Rolle ein. So stieg der Umsatz im Bauhauptgewerbe in den ersten sieben Monaten 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,9 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,5 Prozent. Allerdings: Zu Beginn der Krise waren die Auftragsbücher voll. Inzwischen schmilzt der Auftragspuffer von Monat zu Monat. Für das gesamte Jahr rechnet die Bauwirtschaft mit plus minus null. Nun gilt es zu verhindern, dass die Krise 2021 den Bausektor erfasst.

Beschäftigte im Bausektor nach Bereichen



Quelle: Bundesstiftung Baukultur

Herausforderungen in der Corona-Krise

Die insgesamt weitgehend stabile Lage des Gebäude-sektors darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass einzelne Segmente deutlich von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind. Ein Überblick:

→ Auftragseinbrüche im Nicht-Wohnbereich:

Das Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie der Einzelhandel zählen zu den am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereichen. Der Einnahmerückgang durch ausgefallene und gestundete Mieten ist erheblich. Auch Büroflächen werden in Zeiten von Homeoffice und mobilem Arbeiten weniger nachgefragt. Prognosen erwarten gegenüber 2019 einen Rückgang von bis zu 10 Prozent. Diese Entwicklungen erweisen sich im Nicht-Wohnbereich als Investitionsbremse für

Neubauten und auch energetische Sanierungen. Gewinner in diesem Segment ist der Logistikbereich: Wegen des wachsenden Onlinehandels sind Lagergebäude weiterhin sehr stark nachgefragt.

→ **Investitionsrückgang durch geringere Mieteinnahmen:** Die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung – allen voran das Kurzarbeitergeld – stabilisieren indirekt die Wohnungswirtschaft. Stärkere Mietausfälle sind auch nach dem Auslaufen des Kündigungsmoratoriums ausgeblieben. Gleichwohl sind geplante Mieterhöhungen bei einer länger anhaltenden Wirtschaftskrise nicht durchsetzbar. Diese Mittel fehlen dann bei der Gegenfinanzierung energetischer Sanierungen.

→ **Kommunen geraten unter Druck:** Die Corona-Krise führt zu massiven Finanzproblemen der Städte und Gemeinden. Gleichwohl dürfen dringend notwendige Investitionen in öffentliche Gebäude für mehr Energieeffizienz deshalb nicht auf die lange Bank geschoben werden. In Zeiten der Corona-Pandemie stellt die öffentliche Hand ein wichtiges Korrektiv dar.

2021 wird zeigen, wie stark die gesamtwirtschaftliche Lage auf den Gebäudesektor durchschlägt. Umso wichtiger ist es, dass die Politik die richtigen Schritte unternimmt, um die Konjunkturlokomotive Gebäudesektor mit ihrer positiven Klimaschutzwirkung zu unterstützen:

1. Nachfrage beleben

Für Klimaschutz und Konjunktur kommt es darauf an, die Nachfrage weiterhin zu sichern. Die Voraussetzungen sind gut: Klimaschutz- und Corona-Konjunkturprogramm stellen in Summe rund 90 Milliarden Euro für Energiewende und Klimaschutz bereit. Zudem wurden das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sowie das Marktanzreizprogramm (MAP) entsprechend der Nachfrage für 2020 aufgestockt. Nun kommt es darauf an, die Mittel auch für die kommenden Jahre sicherzustellen. Ein engmaschiges – idealerweise monatliches – Monitoring der Förderabrufe ist nötig, um bei Bedarf nachsteuern zu können. Hinzu kommt, dass private Hausbesitzer mehr Beratung benötigen. Entsprechend sollten in den kommenden zwei Jahren durch Energieberater 200.000 kostenlose individuelle Sanierungsfahrpläne (iSFP) erstellt werden.

90 Mrd.
€
für Energiewende
und Klimaschutz

200.000
individuelle
Sanierungs-
fahrpläne
notwendig

2. Kommunen stärken

Die Kommunen vergeben 60 Prozent aller Bauaufträge der öffentlichen Hand. Um den großen Sanierungsstau aufzulösen, ist die finanzielle Stärkung der Kommunen durch Bund und Länder im Zuge des Konjunkturpakets im Juni 2020 ein richtiger Schritt. Nicht zuletzt, weil die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion beim energetischen Bauen und Sanieren durch zusätzliche Auftragsvergaben gerecht werden muss.

Zu den Aufgaben vor Ort zählt zudem, Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und die Bauämter mit moderner IT-Infrastruktur auszustatten. Gleichzeitig bedarf es neuer Nutzungskonzepte für die Innenstädte. Hier gilt es, Quartiersansätze zu entwickeln, die Arbeiten, Wohnen, Kultur und Konsum sinnvoll verknüpfen. Der für die Attraktivität der Innenstädte notwendige Investitionsbedarf kann mit gezielter Förderung flankiert werden.

Kommunen
vergeben

60%

aller Bauaufträge
der öffentlichen
Hand

Zwischen 2011
und 2018 haben die
Kommunen 6.800 Stellen
für räumliche Planung
und Entwicklung sowie
Bauen und Wohnen
gestrichen.

3. Transformation gestalten

In der Corona-Krise offenbart der Staat vielerorts eine ungeahnte Flexibilität. Daran gilt es anzuschließen: Etliche Prozesse könnten in einem bundesweiten E-Government-Prozess digitalisiert und vereinfacht werden. Dazu zählen beispielsweise elektronische Bauakten oder die Möglichkeit digitaler Antrags- und Genehmigungsprozesse.

Seit Jahren verzeichnet die Baubranche einen massiven Fachkräftemangel. Um den Bedarf zu decken, ist eine Qualifikations- und Werbeoffensive notwendig. Gleichzeitig brauchen künftige Arbeitgeber und Ausbildungsstätten bei den erheblichen Qualifizierungsanstrengungen Unterstützung. Nicht zuletzt können bauliche Innovationen wie serielles Sanieren einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ihr Vorteil: Vorproduzierte Teile der Fassade inklusive effizienter Technik sparen Zeit und senken die Kosten für die Sanierung.

Klimaschutz: EU-Kommission will mehr Erfolge im Gebäudesektor

Im Gebäudesektor werden europaweit rund zwei Fünftel der Energie verbraucht. Um so wichtiger ist die aktuelle EU-Initiative, energetisches Sanieren voranzutreiben.

Stand heute wird das Effizienzziel verpasst

Die EU-Kommission zieht nach einer Bestandsaufnahme der nationalen Energie- und Klimapläne (NECPs) eine gemischte Bilanz: Während die Mitgliedstaaten das geltende Erneuerbaren-Ziel der EU bis 2030 vermutlich übererfüllen, klafft bei der Energieeffizienz eine deutliche Lücke. Vor diesem Hintergrund und angesichts möglicher neuer Zielsetzungen prüft die EU-Kommission, ordnungsrechtliche Vorgaben in einer Reihe von Richtlinien zu verschärfen sowie den Gebäudebereich und den Verkehr in den Emissionshandel aufzunehmen.

Energetische Sanierungen in den EU-Mitgliedstaaten



Quelle: EU-Kommission

EU initiiert Renovierungswelle

Ein zentraler Ansatzpunkt für mehr Effizienz: die chronisch niedrigen Sanierungsraten. Sie liegen in den Mitgliedstaaten zwischen 0,4 und 1,2 Prozent jährlich und damit deutlich unter dem für die Klimaziele als notwendig erachteten Wert von mindestens 2 Prozent. Mitte Oktober hat die EU-Kommission nun ihre Strategie für eine Renovierungswelle veröffentlicht. Vorgeschlagene Kernpunkte, die in die anstehende Überarbeitung europäischer Richtlinien einfließen könnten:

- **Mindestnormen:** Bis Ende 2021 wird die EU-Kommission die EU-Gebäude-richtlinie überarbeiten und schrittweise verbindliche Mindestnormen für die Gesamtenergieeffizienz bestehender Gebäude vorschlagen.
- **Energieausweise:** Das System soll überarbeitet werden, um die Energieausweise und damit einhergehend die Datenverfügbarkeit zu verbessern. Ziel ist es, die Sanierungsplanungen deutlich zu erleichtern und einen besseren Überblick über den Zustand des Gebäudesektors zu bekommen.
- **Öffentlicher Sektor:** Künftig könnten auch die Kommunen dazu verpflichtet werden, pro Jahr 3 Prozent ihres Gebäudebestandes zu sanieren. Zudem wird die EU-Kommission prüfen, inwieweit die Renovierungsrate erhöht werden sollte.

Mit ihrer Renovierungswelle will die EU-Kommission sicherstellen, dass bis 2030 rund 35 Millionen Gebäude renoviert und bis zu 160.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe entstehen. Der Finanzierungsbedarf liegt bei ca. 285 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Priorität soll dabei die energetische Sanierung von Gebäuden des öffentlichen Sektors wie Schulen, Krankenhäuser und Sozialwohnungen haben. Um dafür privates Kapital zu mobilisieren, entwickelt die EU-Kommission im Rahmen der sogenannten EU-Taxonomie technische Screening-Kriterien für den Gebäudesektor – Sanierungsprojekte sollen damit auch für den Finanzsektor als nachhaltige Investitionen attraktiver werden.

Initiiert und koordiniert von der